

„Nicht nur Export-, sondern auch Importweltmeister sein, und Wachstum aus der Binnenwirtschaft beziehen“

Herbstaufschwung und Kurzarbeit entlasten im Oktober 2009 den Arbeitsmarkt. Der Geschäftsklimaindex steigt im September erneut an, die Stimmung in der deutschen Wirtschaft hellt sich weiter auf. Welche konjunkturpolitischen Instrumente können diesen Trend unterstützen? Wie wirkt sich die Wirtschaftskrise auf die Innovationsbereitschaft von kleinen und mittleren Unternehmen aus? Welche Rolle spielt die enorme Ungleichheit im Lohnbereich? Die G.I.B. sprach mit Professor Dr. Gustav Horn, der seit Januar 2005 das Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) der Hans-Böckler-Stiftung mit Sitz in Düsseldorf leitet.

G.I.B.: Herr Prof. Horn, zu Beginn eine kurze Standortbestimmung: Stabilisierung, Erholung, Aufschwung – in welcher Phase befindet sich die Bundesrepublik im September 2009?

Prof. Gustav Horn: Nach Ende des freien Falls hat sich die Lage der Wirtschaft stabilisiert. Vor uns liegt eine Talwanderung mit einigen Auf- und Abs, die in einer durchgreifenden Erholung enden kann, wenn die rich-

G.I.B.: ... beispielsweise durch ein neues Konjunkturpaket, wie Sie es fordern?

Prof. Gustav Horn: Ja, nur nicht sofort. Erst einmal müssen wir analysieren, welche Wirkungen die laufenden Konjunkturprogramme zeigen. Dass sie im Laufe des nächsten Jahres schwächer werden, ist wahrscheinlich. Unklar bleibt, ob von der Geldpolitik flankierend die Unterstützung kommt, die für einen Aufschwung bzw. eine Erholung notwendig ist. Man muss auf jeden Fall bereit und in der Lage sein, dann nachzulegen, beispielsweise durch ein neues Konjunkturprogramm, durch das der Staat in den öffentlichen Bereich investiert und damit private Investitionen anregt.

G.I.B.: An welche Bereiche denken Sie dabei?

Prof. Gustav Horn: Dies sollte hauptsächlich in Bereichen passieren, in denen in naher Zukunft sowieso systematische Weichenstellungen anstehen. Wird der Autoverkehr immer fossile Brennstoffe benötigen oder sind andere Antriebsenergien wie Strom möglich? Wie sieht dann die Versorgungssituation aus? Wie erzeugen wir Strom? Ist unser Stromnetz dafür richtig ausgelegt? All das erfordert Investition – und hier passiert ja auch schon einiges, wie die Kooperation von VW mit dem Öko-Strom-Unternehmen LichtBlick zeigt, das den Bau tausender Keller-Kraftwerke angekündigt hat.

In Deutschland müssen wir also die Wirtschaft weiter anschieben, auch wenn die Dramatik des Produktionsabfalls vorbei ist.

tigen politischen Weichen gestellt werden. Basis meiner Einschätzung ist die Entwicklung der Realwirtschaft, gemessen am Bruttoinlandsprodukt (BIP), die sich letztlich zeitverzögert auch auf den Arbeitsmarkt auswirkt. Ausreichend für eine Besserung hier ist allerdings nicht eine Erholungs-, sondern eine Aufschwungphase.

G.I.B.: Welche Gefahren sehen Sie auf dieser Talwanderung? Was passiert, wenn falsche Wege eingeschlagen werden?

Prof. Gustav Horn: Fehler werden sich bitter rächen, wie wir in Japan sehen. Hier schien es ebenfalls zuerst so, als hätte die Wirtschaft die Talsohle durchschritten. Als man dann aber begann, die Mehrwertsteuer zu erhöhen und die Staatsschulden zu verringern, war die Krise wieder da. Das war vor rund 20 Jahren. In Deutschland müssen wir also die Wirtschaft weiter anschieben, auch wenn die Dramatik des Produktionsabfalls vorbei ist ...

Der zweite große Bereich ist Bildung. Wir müssen den Ehrgeiz entwickeln, eines der besten Bildungssysteme der Welt zu haben, ein Ziel, das von der Politik bisher kaum formuliert wird. Man will eigentlich nur besser werden oder Fehler beseitigen, wobei die Realisierung dann meist auch bescheidener ausfällt – gerade in den Länderhaushalten.



Prof. Gustav Horn
Wissenschaftlicher Direktor des Institut
für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK)

G.I.B.: Hat die Geldpolitik der Zentralbanken überhaupt noch Spielraum, um solche Konjunkturprogramme wirksam zu flankieren, oder sind hier die Möglichkeiten mit den zurzeit sehr niedrigen Leitzinsen schon ausgereizt?

Prof. Gustav Horn: Leitzinssenkungen sind noch nicht ausgereizt, der Spielraum nach unten bei einem Zinssatz von 1 % aber gering. Spielräume in der Geldpolitik sehe ich in der direkten Liquiditätszuführung und dem, was wir „quantitative easing“ nennen, also „quantitative Lockerung“. Gemeint ist, dass die Zentralbank Wertpapiere aufkauft und dafür Liquidität, also Geld, in den Markt gibt. Hier hat sie letztendlich unbegrenzten Spielraum.

Man könnte diese Puffer der Geldpolitik besser ausnutzen, die Effekte hielten sich aber in Grenzen, weil der Bankensektor selbst in der Krise steckt und die geldpolitischen Impulse noch nicht auf die Realwirtschaft übergreifen. Die Banken konsolidieren sich zurzeit erst einmal selbst, indem sie ihre Margen erhöhen und über Gewinne wieder Eigenkapital bilden. Dafür kann man sie kaum kritisieren, denn das ist Teil ihrer Therapie.

Umgekehrt heißt das: Wir können von der Geldpolitik realwirtschaftlich nicht viel erwarten. Großunternehmen umgehen diese Situation durch Unternehmensanleihen, der Mittelstand hat diese Möglichkeit kaum. Eine fiskalpolitische Alternative bietet der als „Rettungsschirm“ bekannt gewordene Wirtschaftsfonds Deutschland, der aus Kredit- und Bürgschaftsprogrammen von insgesamt 115 Mrd. Euro besteht. Mein Fazit: Primär läuft die Belebung der Wirtschaft noch rein fiskalpolitisch, mit anderen Worten: nicht über die geldpolitischen Zentralbank-Instrumente, sondern über die konjunkturpolitischen Impulse der Regierungen. Das sollte sich aber Ende 2010, Anfang 2011 ändern.

G.I.B.: Im Zentrum des Konjunkturpakets III, das Sie vorschlagen, steht die Anregung der Binnenkonjunktur. Warum ist die Zunahme der Inlandsnachfrage von solch einer zentralen Bedeutung?

Prof. Gustav Horn: Eine der Ursachen der Krise sind die strukturellen Handelsungleichgewichte in der Weltwirtschaft. Länder wie die USA und Großbritannien haben permanent mehr Waren und Dienstleistungen gekauft als verkauft, was im kleinen Rahmen kein Problem, auf Dauer aber nicht durchzuhalten ist. Ihre zunehmende Verschuldung auf dem Weltmarkt geht so lange gut, bis ihre Bonität angezweifelt wird.

Umgekehrt gibt es Länder wie China, Japan und Deutschland, die – zum Teil seit Langem und verstärkt in den letzten Jahren – erheblich mehr exportiert als importiert haben. Um die Konkurrenzfähigkeit weiter zu steigern, erzeugten sie u. a. einen hohen Druck auf die Löhne. Da unsere Wirtschaftspolitik stark auf exportierende Unternehmen fixiert war, standen die Senkung der Lohnstückkosten und eine entsprechende Erhöhung der Konkurrenzfähigkeit auf den Exportmärkten ganz oben auf der „To-do-Liste“. Auch die Arbeitsmarktreformen schlugen in die gleiche Kerbe, nämlich

Die in den letzten zehn Jahren gewachsene, enorme Ungleichheit im Lohnbereich ist meines Erachtens auch ein Krisenphänomen.

über möglichst günstige Lohnentwicklungen möglichst gute preisliche Wettbewerbsbedingungen zu schaffen, um auf den Exportmärkten erfolgreich zu bleiben. Die Sparpolitik im Rahmen der sozialen Sicherungssysteme zielte auf eine Senkung der Lohnnebenkosten, Hartz IV und die verschärften Zumutbarkeitsbedingungen übten direkten Druck auf die Löhne aus.

G.I.B.: Lohnungleichheit ist für Sie also auch eine Krisenursache?

Prof. Gustav Horn: Die in den letzten zehn Jahren gewachsene, enorme Ungleichheit im Lohnbereich ist meines Erachtens auch ein Krisenphänomen. Ganze Bevölkerungsschichten sind in ihrem Konsumverhalten gedämpft worden, und zwar genau diejenigen, die

besonders konsumintensiv sind, nämlich die Unterschicht und der Mittelstand. Um den Lohnruck insb. am unteren Ende der Lohnskala zu mindern, muss die Politik ändernd eingreifen und einen gesetzlichen Mindestlohn einführen.

G.I.B.: Wie sollte eine Lohnpolitik der Sozialpartner aussehen, die die Binnennachfrage anregt, Investitionen und Wachstum aber nicht behindert?

Prof. Gustav Horn: Das wäre eine Lohnpolitik, die die Löhne gesamtwirtschaftlich im Trend an die Entwicklung der Produktivität koppelt und zudem mit dem Inflationsziel der Europäischen Zentralbank ver-

mann-Zertifikate dafür bekommen“. Deutschland ist deshalb von der Produktionsseite her aktuell ein besonders krisengeschütteltes Land, denn sein ganzes Wachstum ist seit vielen Jahren auf Exportüberschüsse aufgebaut. Länder, die eine starke Binnennachfrage haben, konnten dies in einer gewissen Weise kompensieren. Aus Gründen der weltwirtschaftlichen Stabilität und eines nachhaltigen Wachstumsprozesses in Deutschland müssen wir auf einen balancierten Wachstumsrahmen setzen, d. h. weiter exportieren, aber keine strukturellen Überschüsse aufbauen, sondern nach der Regel handeln: Wenn wir Exportweltmeister sind, müssen wir auch Importweltmeister werden und Wachstum aus der Binnenwirtschaft beziehen.

Wir müssen den Ehrgeiz entwickeln, eines der besten Bildungssysteme der Welt zu haben, ein Ziel, das von der Politik bisher kaum formuliert wird.

einbar ist: also für Deutschland eine Nominallohnsteigerung um zurzeit ca. 3,5 %. Das hängt auch davon ab, wie die Lohnnebenkosten steigen oder sinken. Eine solche Entwicklung würde sich positiv auf die Binnennachfrage auswirken, ohne die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft im Vergleich zum Ausland zu mindern. Im Jahr 2008 hatten wir vergleichsweise hohe Lohnsteigerungen, von denen der Konsum gerade im laufenden Jahr profitiert, sodass er entsprechend zur Stabilisierung der Binnennachfrage beitragen kann.

G.I.B.: Die Exporteinbrüche in den meisten Ländern sind ähnlich groß wie in Deutschland. Warum sind die Auswirkungen hierzulande so viel stärker?

Prof. Gustav Horn: Das ganze System passt so lange zusammen, bis Kredite platzen, weil die Schuldnerseite nicht mehr kreditwürdig ist. Dann verlieren auch die den Weltmarkt überproportional mit Gütern beliefernden Länder. Hans-Werner Sinn (Präsident des ifo Instituts für Wirtschaftsforschung, München) hat das so formuliert: „Wir haben Daimler verkauft und Leh-

G.I.B.: Werden weitere Konjunkturprogramme die Staatsverschuldung nicht auf eine gefährliche Höhe schrauben?

Prof. Gustav Horn: Die Staatsverschuldung wird relativ hoch sein, wenn wir weitere Konjunkturprogramme auflegen. Wir liegen im IMK mit unseren Schätzungen bei 80 % des BIP. Das bedeutet allerdings keinen Staatsbankrott, wie häufig fälschlich dramatisiert wird. Die Zinsbelastung der öffentlichen Haushalte wird weiter steigen; das kann und soll auch nicht so bleiben. Aber Krisenzeiten, in denen ja die Fähigkeiten des Staates, Einnahmen zu erzielen, gestört sind, sind nicht der Zeitpunkt, das zu ändern. Eine Sanierung der Staatsfinanzen kann erst nach der Wirtschafts- und Finanzkrise beginnen, wenn die Steuereinnahmen wieder ausreichend fließen. Dann beginnt für mich die politische Konsolidierungsaufgabe, dann muss jeder Cent, der mehr eingenommen wird, für die Konsolidierung staatlicher Haushalte eingesetzt werden.

In den vergangenen Aufschwungphasen haben wir erlebt, dass mit einer gefüllten Staatskasse eine Debatte über Steuersenkungen begonnen wurde – erwiesenermaßen ein Fehler. Gerade bei einer ausgeglichenen Haushaltslage muss vernünftig konsolidiert werden, denn der nächste Abschwung steht bevor.

G.I.B.: Wir erleben aber jetzt gerade wieder, dass Vertreter von Wirtschaftsverbänden und viele Politiker

fordern, umgehend mit Sparanstrengungen zu beginnen, und diese Position von vielen Medien als mutiges Statement gefeiert wird!

Prof. Gustav Horn: Diese Äußerungen mitten in der Krise irritieren mich zutiefst. Beinahe ist man geneigt zu sagen, das deutsche System der Finanzpolitik provoziere diese Reaktionen. Denn die Kommunen als öffentlicher Hauptinvestor dürfen keine langfristigen Defizite machen und sind beinahe dazu gezwungen, sich prozyklisch zu verhalten, also in der Krise zu sparen.

G.I.B.: Die sog. Schuldenbremse, die ja sogar ins Grundgesetz aufgenommen wurde, ist also das falsche Signal?

Prof. Gustav Horn: Aus meiner Sicht ja. Nun kommt es zwar immer darauf an, wie so etwas faktisch gehandhabt wird. Aber ich halte die Schuldenbremse für einen ideologischen Schritt. Es ist eine Beleidigung der Verfassung. Eine solche Absichtserklärung gehört eher in Koalitionsverträge und in Beschlüsse des Bundestages. Hier ist die Politik gezielt Opfer von Lobbyisten, wie dem Bund der Steuerzahler, geworden. Die Frage ist: Was passiert, wenn dieses Ziel nicht erreicht wird? Keine Opposition wird sich dann die Gelegenheit entgehen lassen, in Karlsruhe zu klagen. Hier entsteht ein lohnendes Betätigungsfeld für Juristen.

G.I.B.: Staatliche Investitionen sollen private Investitionen in Unternehmen anregen. Wie werden sich Ihre Vorschläge auf die Bereitschaft von kleinen und mittleren Unternehmen auswirken, in Innovationen zu investieren?

Prof. Gustav Horn: Von direkten Investitionen des Staates und von Anreizen für private Investitionen werden eindeutig auch kleine und mittlere Unternehmen profitieren. Die sog. Abwrackprämie war nur eine Behelfsmaßnahme, die dazu diente, möglichst schnell Teile des Konjunkturpakets wirksam werden zu lassen. Sie war auf den Sektor zugeschnitten, der am meisten gelitten hatte, die Automobilindustrie. Sie hat positive Wirkungen gezeigt und hiervon hat auch der Einzelhandel profitiert.

G.I.B.: Nun diskutieren Konjunkturforscher ja verschiedene Szenarien zur weiteren Entwicklung der aktuellen Krise. Einige sind eher optimistisch und sehen die größten Schwierigkeiten überwunden, andere sehen erhebliche Inflationsgefahren. Auch eine „japanische Entwicklung“, ein langjähriges Verharren in einer nur schwer überwindbaren deflationären Stagnation, wird von einem Teil der Forschung für möglich gehalten. Was bedeuten diese Szenarien jeweils für die Innovationsbereitschaft und -fähigkeit von kleinen und mittleren Unternehmen?

Prof. Gustav Horn: Der Unterschied wäre sehr drastisch. In einem deflationären Szenario würden die Preise tendenziell fallen, der reale Wert bestehender Schulden sich entsprechend erhöhen. Das ist gerade für den Mittelstand, der sich für größere Investitionen ja regelmäßig verschulden muss, ein besonderes Problem. Die Motivation für Investitionen nimmt also erheblich ab, zumal ja in einem deflationären Szenario das wirtschaftspolitische Umfeld durch Absatzmangel, schlechte Gewinnaussichten und die real steigenden Kreditkosten alles andere als günstig ist.

Die Flexibilisierung der Arbeitsmärkte geht einher mit einer internen Flexibilisierung in den Unternehmen, und zwar in den großen wie in den kleinen.

Umgekehrt wird sich in einem inflationären Szenario die Innovationsbereitschaft von Unternehmen positiv entwickeln. Weil meine nominalen Schulden im Laufe der Zeit real sinken, werde ich als Schuldner begünstigt. Die Kreditnachfrage wird also relativ hoch sein. Solange das in einem relativ stabilen Rahmen von unter 2 % pro Jahr geschieht, was, wie schon gesagt, dem Inflationsziel der Europäischen Zentralbank Rechnung trägt, haben wir ein sehr dynamisches Szenario. Das kann allerdings in eine akzelerierende, also sich beschleunigende Inflation umschlagen: Gläubiger werden

sehr vorsichtig, verleihen kein Geld mehr, weil das Verlustrisiko zu hoch ist. Oder sie veranschlagen die Zinsen so hoch, dass potenzielle Investoren abgeschreckt werden. Inflation ist also kein Allheilmittel, moderate Preissteigerungen entlang der o. g. Stabilitätslinie aber sind sicherlich vernünftig.

G.I.B.: Wäre es für die Politik – auch vor dem Hintergrund der von Ihnen angesprochenen Reallohnsenkungen der letzten Jahre – vertretbar, ein gewisses Inflationsrisiko einzugehen?

Prof. Gustav Horn: Über den Lohnkanal wird eine solche Risikostrategie nicht möglich sein. Denn wer setzt heute in Deutschland eine 4 %ige Lohnsteigerung durch? Deshalb werden häufig die Staatsausgaben als Stell-

alem ist die Arbeitslosigkeit nur maßvoll gestiegen. Das verdanken wir dem arbeitsmarktpolitischen Instrument der Kurzarbeit, ...

G.I.B.: ... das endlich ist, ...

Prof. Gustav Horn: ... aber bisher noch wirkt. Und die Hoffnung bleibt, dass es so lange wirkt, bis die Wirtschaft wieder anläuft. Natürlich erschöpft sich dieses Instrument irgendwann einmal, und gerade KMU werden sich einen längeren Einsatz von Kurzarbeit kaum leisten können. Aber wenn Sie sich England, Amerika oder Spanien anschauen, dann sehen Sie dort viel höhere Steigerungen bei den Arbeitslosenzahlen im Vergleich zu Deutschland. Kurzarbeit wirkt, wenn die Konjunktur möglichst schnell wieder anläuft.

Unternehmen mussten sich vor Analysten und Bankern rechtfertigen, die noch nie ein Unternehmen geleitet und nur ihre Bilanzdaten und Finanzmarktzahlen auf dem Schirm hatten.

schauben einer Inflationsstrategie angeführt. Wir haben das mal durchgerechnet: Viele Laufzeiten der Staatskredite sind zu kurz. Sie müssen sich immer wieder refinanzieren. Wenn dann ein Inflationsszenario eintritt und die Zinsen stark angehoben werden, muss der Staat dafür letztendlich mehr zahlen. Ins Risiko zu gehen, Inflation zu erzeugen jenseits der 2 %, rechnet sich nicht und ist keine vernünftige Strategie.

G.I.B.: Wie schätzen Sie die Wirksamkeit von arbeitsmarktpolitischen Instrumenten zur Krisenbewältigung ein?

Prof. Gustav Horn: Vor dem Hintergrund der dramatischen Einbrüche bei der Produktion auch im Vergleich zur gesamten Wirtschaftsgeschichte der Nachkriegszeit haben wir bereits einiges erreicht. Der Einbruch betrug 9,9 % und hat sich nun auf 5,5 % gesenkt. Trotz

Dies ist, kurz skizziert, die Offensivstrategie. Wenn diese nicht aufgeht, müssen wir auch darüber nachdenken, die Bezugsdauer von Arbeitslosengeld I zu verlängern, um wenigstens die Einkommen auf einem gewissen Level zu stabilisieren. Das wäre dann die Defensivstrategie.

G.I.B.: Wir haben in Deutschland aber auch ein strukturelles Arbeitsmarktproblem.

Prof. Gustav Horn: Ja, die relativ hohe Langzeitarbeitslosigkeit ist auch ein Ergebnis von falschen Kriseninterventionen in der Vergangenheit. Hier hat sich ein relativ hoher Sockel an Langzeitarbeitslosen entwickelt, die von Tag zu Tag an Qualifikation verlieren und mit der Zeit immer größere Wiedereinstellungsprobleme haben. Neben allen sinnvollen Förder- und Qualifizierungsmaßnahmen ist ein langfristiger Aufschwung die beste Bekämpfung von Arbeitslosigkeit. Während des letzten Aufschwungs wurde auch ein erheblicher Teil der strukturellen Arbeitslosigkeit abgebaut. Allerdings spielte auch die Bereinigung der Statistik nach der Einführung von Hartz IV eine gewisse Rolle. Hinzu kommt die segensreiche Wirkung der Demografie, in deren Folge der Strom der Arbeitskräfte nachlässt. Dies führt dazu, dass die Unternehmen sich stärker um ihre Arbeitskräfte bemühen, weil sie nicht wissen, ob sie so einfach Ersatz auf dem Arbeitsmarkt finden.

G.I.B.: Reagieren die Unternehmen im Vergleich zu vorhergehenden Krisen nicht viel flexibler? Viele kleine und mittlere Unternehmen haben Krisenstrategiepläne erstellt, die, angefangen bei Arbeitszeitkonten bis hin zur Prüfung innovativer Geschäftsfelderweiterungen, die ganze Palette von Kostenreduzierungen bis zur Verstärkung der Auftragsakquise umfassen. Deutet dies alles nicht auf einen sehr flexiblen und weitsichtigen Umgang mit der Krise hin?

Prof. Gustav Horn: Die Flexibilisierung der Arbeitsmärkte – dies wird häufig nicht erkannt – geht einher mit einer internen Flexibilisierung in den Unternehmen, und zwar in den großen wie in den kleinen. Schon im Aufschwung wurden nicht so viele neue Leute eingestellt wie früher. Man hat mit den Belegschaften z. B. Arbeitszeitkonten vereinbart, setzt damit ohne großen bürokratischen Aufwand und Kosten Mehrarbeit ein, wenn es die Auftragslage erfordert. In Zeiten geringer Auslastung konnte auf die Konten zurückgegriffen, konnten Entlassungen vermieden werden. Diese Flexibilität bietet die Möglichkeit, Vorhaben, die man vielleicht in der Hochkonjunktur auch aus Kapazitätsengpässen heraus nicht realisieren konnte, gerade jetzt umzusetzen und weitsichtiger zu agieren.

G.I.B.: Sind Krisenzeiten schlechte Zeiten für Partizipation in Unternehmen oder beobachten Sie auch, dass sich vor dem Hintergrund der aktuellen Problemlage verstärkt partizipative Elemente entwickeln und Neues versucht wird?

Prof. Gustav Horn: Das kommt immer auf die Art der Krise an. Eine Krise, wie z. B. in den 1970er Jahren oder Anfang der 1980er Jahre, die auf überhöhte Ansprüche, z. B. zu hohe Lohnsteigerungen, zurückzuführen ist, wird Partizipation nicht befördern. Weil in einer solchen Situation alle Beteiligten gegen die Auswirkungen der Krise auf die eigene Lage kämpfen. Das hat den Gewerkschaften wahrlich nicht genutzt, was da passiert ist. Sie sind in der Folge schwächer geworden: Ihr gesellschaftlicher Einfluss ist gesunken, weil die Lohnstrategie die gesamtwirtschaftlichen Auswirkungen nicht ausreichend berücksichtigt hat.

Die heutige Krise hat eine andere Natur, hat eher mit zu geringen Lohnsteigerungen zu tun. Teil einer unternehmensspezifischen Sanierungsstrategie könnte es sein, die Arbeitnehmer mit ins Boot zu holen, in dem sie, wie jetzt auch von der IG Metall propagiert wird, einen Teil ihres Lohns in das Unternehmen investieren. Sie verzichten also z. B. auf die eigentlich vereinbarten Lohnanhebungen und bringen den Betrag sozusagen als Eigenkapitalerhöhung von Arbeitnehmerseite in das Unternehmen ein. So kann diese Krise eher der Weiterentwicklung von Partizipation nutzen.

G.I.B.: Warum nutzt das sowohl den Unternehmen als auch den Arbeitnehmern?

Prof. Gustav Horn: Das Finanzierungssystem hat viele Unternehmen stark unter Druck gesetzt. Immer wenn sie Kapital brauchten, mussten sie sich vor Heerscharen von Analysten und Bankern rechtfertigen, die noch nie ein Unternehmen geleitet und nur ihre Bilanzdaten und Finanzmarktzahlen auf dem Schirm hatten. Ich habe mit vielen Unternehmern gesprochen, die mit Horror an diese Gespräche zurückdachten. Niemand hat dagegen ein stärkeres Interesse an einer langfristigen Existenzsicherung des Unternehmens als ein Arbeit-

Warum hatte die moderne Volkswirtschaftslehre keine Konzepte für die Krise? Diese Frage wird in Deutschland leider kaum diskutiert.

nehmer. Sie stecken ihr Kapital nicht für zwei Tage in ein Unternehmen, sind also ein Gegengewicht zur Kurzfristorientierung der Finanzmärkte. Schon gar nicht lassen sie zu, dass ein Unternehmen geplündert wird, wie wir es gerade bei etlichen Hedgefonds erlebt haben.

G.I.B.: Wie bewerten Sie das Argument des sog. Klumpenrisikos, das ja darauf hinweist, dass Arbeitnehmer

sich auf diesem Weg der Gefahr aussetzen, in der Insolvenz ihres Arbeitgebers nicht nur den Arbeitsplatz, sondern auch noch ihre Kapitaleinlagen zu verlieren?

Prof. Gustav Horn: Die Investition von Lohnanteilen ist eine Notmaßnahme, wenn es um die Rettung eines Unternehmens geht. Ich wäre viel skeptischer, wenn es darum gehen sollte, diese Strategie bei Lohnverhandlungen einzusetzen. Wenn wir produktivitätsorientierte Lohnerhöhungen haben, dann ist das auch eine Lohnentwicklung, die am Erfolg der Wirtschaft partizipiert. Aber der Arbeitnehmer entscheidet selbst, was er mit dem Geld macht, ob er es ins Unternehmen seines Arbeitgebers oder sonst wo oder überhaupt nicht investiert. Und das ist dann auch von der Risikoverteilung her besser, als prinzipiell festzulegen, einen Teil der Lohnerhöhung ins eigene Unternehmen zu investieren.



G.I.B.: Wir sind – in diesem Gespräch – bisher von der Voraussetzung ausgegangen, dass der durch die Finanzmarktkrise in einer seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs nicht erlebten Weise verschärfte Abschwung der Weltwirtschaft seine sog. Bodenbildung erreicht hat. Ist das nicht vielleicht doch etwas zu optimistisch gedacht? Besteht nicht auch die Gefahr, dass v. a. in den USA weitere Kreditblasen platzen, z. B. im Bereich der Finanzierung von Gewerbeimmobilien oder Kreditkartenschulden, und in der Folge weitere Verwerfungen in der Weltwirtschaft entstehen? Zudem handeln Investmentbanker offensichtlich auch schon wieder in ähnlicher Weise wie vor der Krise mit schwer durchschaubaren Kreditverbriefungen und Derivaten, steigen auf breiter Front also erneut in höchst risikoreiche Finanztransaktionen ein, die heute von vielen Ökonomen als Casinospiele bezeichnet werden.

Prof. Gustav Horn: Die Gefahr sehe ich auch. Im Grunde ist die Situation gefährlicher als zuvor. Die Banker verhalten sich wie vorher bzw. so, wie sie es gelernt haben. Aber die neuen Regulierungsmaßnahmen gelten noch nicht. Mittlerweile sind zwar schon viele Banken vom Markt verschwunden, aber die verbleibenden sind größer und damit auch zu einem größeren Risiko geworden. Wir brauchen deshalb dringend Regulierungsmaßnahmen, die die Banken zwingen, ihre Eigenkapitalausstattung deutlich zu erhöhen, und die über einen solchen Weg bestimmte, zur Kreditversorgung der Realwirtschaft unnötige, aber risikoreiche Produkte unrentabel machen.

G.I.B.: Müssen Großbanken nicht auch auf ein Maß gestutzt werden, das ihnen ihre sog. Systemrelevanz nimmt; dass also eine Bankeninsolvenz nicht mehr eine solche Sprengkraft wie zurzeit entfalten, die Politik also angesichts der zu befürchtenden Folgen auch nicht mehr in Geiselschaft genommen werden kann?

Prof. Gustav Horn: Sie kennen das Sprichwort: „Too big to fail is too big!“ Das darf nicht sein. Wie erreicht man das? Der Staat kann eine bestimmte Größe nicht vorschreiben, aber er kann Größe bestrafen, in dem er große Banken härter reguliert. Wenn ihr Geschäftsgebaren teurer wird, dann sorgt der Markt dafür, dass es mehr kleinere als größere Banken gibt. Das erreicht

man, indem die Anforderungen an die Höhe des Eigenkapitals mit der Größe zunehmen. Bei einem gleichartigen Geschäft muss dann beispielsweise eine kleine Bank 20 % Eigenkapital hinterlegen, eine große 40 %.

G.I.B.: Was macht die Krise eigentlich mit den Ökonomen selbst?

Prof. Gustav Horn: Sie stürzt sie in die Krise. Ich habe gerade mit meinen Institutsmitarbeitern über diese Frage diskutiert. Es ist interessant, dass mitten in der Krise, als es um die Krisenbekämpfung ging, fast alle Ökonomen auf keynesianische Instrumente umschwenkten, und zwar nicht auf neue, sondern auf die traditionellen, deren Schlussfolgerungen man früher als steinzeitlich bewertet hatte – im Grunde ein intellektuelles Armutszeugnis. Für mich, der diese „steinzeitlichen“ Instrumente schon immer vertreten hat, war das mit einer gewissen Genugtuung verbunden, die letztendlich aber auch nicht viel weiter hilft.

Es zeigt sich, dass vieles, was Volkswirte in den letzten 60 Jahren getrieben haben, offensichtlich überflüssig war. Konzepte und Vorschläge sind im Normalbetrieb schön und gut, aber wirklich gebraucht hätte man sie in der Krise. Manche Kollegen sprechen deshalb vom ethischen Versagen dieser Wissenschaft. Und das ist nicht völlig von der Hand zu weisen.

Warum hatte die moderne Volkswirtschaftslehre keine Konzepte für die Krise? Diese Frage wird in angelsächsischen Ländern ausführlich, in Deutschland aber leider kaum diskutiert. Hier geht man „back to business as usual“. Wir werden damit eine intellektuelle Diskussion, wie sie u. a. von Paul Krugman, dem Wirtschafts-Nobelpreisträger des Jahres 2008, vorangetrieben wird, verschlafen oder nur rezipierend an ihr teilnehmen. Aber ich denke, es wird eine Zeitenwende in der Volkswirtschaftslehre geben, und wir werden über diese Krise noch in 20 oder 30 Jahren sprechen. Sie wird genauso ihre wissenschaftlichen Spuren hinterlassen wie die Krisen in den 1970er Jahren.



DAS INTERVIEW FÜHRTEN

Dr. Friedhelm Keuken

Tel.: 02041 767-272

E-Mail: f.keuken@gib.nrw.de

Dr. Ulrich Sassenbach

Tel.: 02041 767-210

E-Mail: u.sassenbach@gib.nrw.de

Manfred Keuler

Tel.: 02041 767-152

E-Mail: m.keuler@gib.nrw.de

KONTAKT

Prof. Dr. Gustav A. Horn

Wissenschaftlicher Direktor

Institut für Makroökonomie und

Konjunkturforschung (IMK)

Hans-Böckler-Stiftung

Hans-Böckler-Straße 39

40476 Düsseldorf

Tel.: 0211 7778331

Internet: www.imk-boeckler.de